

Rücknahme von Kürzungen bei DAAD, AvH & Goethe-Institut



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt)
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Die BDK fordert die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN auf, sich für eine
- 2 Rücknahme
- 3 der disproportionalen Kürzungen beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der
- 4 Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH) und beim Goethe-Institut einzusetzen. Diese Kürzungen
- 5 widersprechen im Falle von DAAD und AvH dem Koalitionsvertrag, der eine Förderung analog
- 6 zum
- 7 Pakt für Forschung und Innovation verspricht. Dieses Versprechen darf nicht gebrochen
- 8 werden.
- 9 Auch eine Kürzung im einstelligen Prozentbereich ist imstande, bleibende Schäden besonders
- 10 im globalen Süden anzurichten. Sie bedeutet die Entlassung von Wissenschaftler*innen und
- 11 Lehrkräften ohne eine Möglichkeit der Neuanstellung. Sie zerstört unwiederbringlich die
- 12 gewachsenen Forschungslandschaften. Unter dem Eindruck eines Krieges in Europa verliert
- 13 Förderung nicht an Bedeutung, sondern dient dem demokratischen wissenschaftlichen
- 14 Austausch
- 15 und der Entwicklung von Zukunftsperspektiven für eine friedliche Weltordnung.

Begründung

Wörtlich steht im Koalitionsvertrag: "Wir werden die institutionelle Förderung von Deutschem Akademischen Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) analog zum Pakt für Forschung und Innovation erhöhen."

Abseits von diesem Wortbruch gefährden die aktuell geplanten Kürzungen zahlreiche essentielle Programme. Der Generalsekretär des Goethe-Instituts, Johannes Ebert, prognostiziert u.a. den Abbau von 6.000 Stellen und das Aus für die Förderung von 3.000 Künstler*innen. 4.500 Lehrkräfte im Ausland sind ihre Stipendien jetzt schon los. Beim DAAD sind 100 von 450 Standorten sowie 700 Langzeitstipendien pro Jahr bedroht, bei der AvH-Stiftung ist ausgerechnet die Philipp-Schwartz-Initiative für gefährdete Wissenschaftler*innen in Gefahr.

Es kann nicht im Sinne einer feministischen Außenpolitik sein, Institutionen, die sich für Gleichstellung in Wissenschaft und Forschung einsetzen, derart zu vernachlässigen. Wir müssen gegensteuern.

weitere Antragsteller*innen

Luis Reithmeier (KV Bamberg-Stadt); Juliane Fuchs (KV Bamberg-Stadt); Christoph Lurz (KV Bamberg-Stadt); Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt); Konstantin Behling (KV Bamberg-Stadt); Jana Hock (KV Würzburg-Stadt); Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Malte Gallée (KV Bayreuth-Stadt); Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Philipp Lang (KV Stuttgart); Achim Jooß (KV Ortenau); Friederike Scholl (KV Bamberg-Stadt); Kevin Klüglein (KV Coburg-Stadt); Michael Toewe (KV Bamberg-Stadt); Christiane Toewe (KV Bamberg-Stadt); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.